

Die Ratssitzung am 09. Juli 2019



Die letzte Ratssitzung vor der Sommerpause hätte mit 12 Anträgen und über 100 Tagesordnungspunkten das Potential gehabt, bis weit nach Mitternacht zu gehen. Mit der Petition zur Ausrufung des Klimanotstandes auch in Köln, Anträgen aus dem Gestaltungsbündnis zur Suche nach Alternativen für den Kalkberg, zur Zukunft des Casinos sowie zum Holzbau und zur Verbesserung der Pflege standen eine Vielfalt an Themen zur Entscheidung an.

Trotz der Fülle an Themen dauerte die Sitzung dann doch nur ehrenamtsfreundlichere 7,5 Stunden und hatte mit der Mehrheitsfindung für den Express-Bus und dem ein oder anderen eher skurrilen Redebeitrag auch noch einiges an Unterhaltungswert zu bieten.



Antrag: "Verbesserungen in der Stationären und Ambulanten Pflege"

Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen wird aufgrund des demographischen Wandels und der gestiegenen Lebenserwartung in den kommenden Jahren deutlich zunehmen, der rechnerische Prognosewert geht von 1500 zusätzlichen stationären Pflegeplätzen in Köln bis zum Jahr 2025 aus. Zwar arbeitet die Verwaltung mit Hochdruck an einem Bericht über die örtliche Planung nach dem Alten- und Pflegegesetz NRW, dennoch ist bereits jetzt dringender Handlungsbedarf gegeben.

Mit [unserem Antrag](#), der einstimmig heute im Rat beschlossen wurde, zielen wir darauf ab, dass bei der künftigen Stadtplanung Grundstücke für Pflegeeinrichtungen gesichert und bereitgestellt werden. Hierbei ist uns Grünen auch wichtig, dass Flächen mit hoher Wärmebelastung („Hitzeinseln“) gemieden werden. Ebenfalls wollen wir ambulante Hilfen sowie verschiedene Wohnformen forcieren, damit Menschen so lange wie möglich im gewohnten Umfeld leben können.

Den [Änderungsantrag der Linken](#) haben wir übernommen.



Antrag: "Wohnungsbaugrundstücke aktiv erwerben - Erbbaurecht als Regelvergabe einführen"

Der vorliegende [Ratsantrag](#) „Erbbaurecht als Regelvergabe“ ist überflüssig, deshalb haben wir ihn auch abgelehnt!

Der Versuch, hier vor allem von SPD und Linken, das Erbbaurecht für sich parteipolitisch zu besetzen, schadet dem Ziel, auf Basis der angekündigten Verwaltungsvorlage einen breiten politischen Konsens im Rat zu erreichen.

Im April 2019 haben die Mitglieder des Liegenschaftsausschusses die Einführung des Erbbaurechts als Vergabeinstrument intensiv diskutiert. Einvernehmlich wurde die Verwaltung darin bestärkt, eine Konzeption für die Grundstücksvergabe im Erbbaurecht dem Rat nach der Sommerpause vorzulegen. Dies gilt es nun abzuwarten, da eine wirkungsvolle Anwendung des Erbbaurechts vor allem zur Schaffung von sozialem bzw. preisgedämpftem Wohnungsbau durchaus komplex ist.

Wir GRÜNE befürworten jedenfalls die stärkere Anwendung des Erbbaurechts.



Antrag: "Köln baut mit Holz: Holzbau in der Stadt vorantreiben"

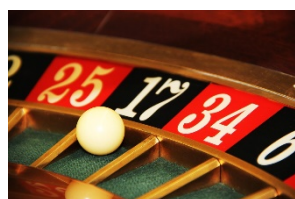
In den letzten Jahren ist Holz als Baustoff, auch für Hochhäuser, neu entdeckt worden und gewinnt als klimafreundlicher, nachwachsender Rohstoff an Bedeutung. Mit dem Antrag wollen wir erreichen, dass in Köln verstärkt Holzbaustoffe in öffentlichen Bauten eingesetzt werden. Durch die Verwendung von weniger Beton und Stahl kann sehr viel CO₂ eingespart werden, gleichzeitig ist die Bauzeit deutlich geringer.

„Mit dem von uns initiierten Ratsantrag wollen wir erreichen, dass bei Neubau und Erweiterung von Gebäuden der Stadt Köln und deren Töchtern endlich verstärkt Holzbaustoffe eingesetzt werden. Damit setzen wir auch ein Zeichen für den Klimaschutz“, erklärt Gerd Brust, umweltpolitischer Sprecher der GRÜNEN. „Wichtig ist uns, dass zeitnah mindestens eine Schule in Holzbauweise in Köln gebaut wird.“

Der [Antrag](#) wurde einstimmig vom Rat verabschiedet.

Antrag: "Colonius – Prüfung einer Wiedereröffnung"

Eine charmante Idee, die die Ratsgruppe GUT in diesem [Antrag](#) vortrug. Es wäre wirklich eine Bereicherung, wenn der Colonius mit seinen Aussichtsqualitäten wieder für die Öffentlichkeit, in welcher Art auch immer, zugänglich wäre. Genauso wie wir uns eine baldige Öffnung der Bastei für die Kölnerinnen und Kölner wünschen und dies vorangetrieben haben, werden wir die Ratsgruppe GUT bei diesem Vorhaben unterstützen.



Antrag: "Gewerbliche Nutzung statt Casino am Standort Deutz"

Die Diskussion, ob in Köln ein Casino angesiedelt werden sollte oder nicht wurde über Jahre hinweg intensiv geführt, bis das Land die letzte Konzession für Glücksspiele nach Köln vergab. Dann begann die Standortsuche, bei der u.a. über die Cäcilienstraße und den Bahnhof Deutz diskutiert wurde. Bisher erwies sich keiner dieser Standorte als glücklich gewählt. Dass für uns das Casino am Bahnhof Deutz keine Herzensangelegenheit war, ist hinreichend bekannt. Eine alternative Nutzung für den Standort in Deutz ist nun geboten. Was liegt näher, als an diesem zweitwichtigsten Bahnhof von Köln eine Mobilitätsstation einzurichten - als ein funktional hochwertiger Baustein der Stadtentwicklung? Stadtentwicklung heißt ja nicht nur Wohnorte und Bauwerke schaffen, sondern dem sich ständig entwickelnden Verhalten der Bürgerinnen und Bürger Rechnung zu tragen.

Der Flughafen erscheint uns als durchaus akzeptabler Standort für ein Casino. Ob letztendlich in Flughafennähe ein Casino gebaut wird, hängt maßgeblich auch von Westspiel und dem Land NRW ab.

[Antrag](#)



Antrag: "Mietendeckel jetzt!"

Kaum in Berlin beschlossen, fordert die Linke nun im Schnellschuss den [Mietendeckel für Köln](#). So einfach, wie es sich die Linke macht, ist es aber nicht, denn der Teufel steckt im Detail. So sind viele Fragen ungeklärt und werden entsprechend kontrovers diskutiert, von der möglichen Verfassungswidrigkeit über den starken Rückgang von Instandhaltungen und Modernisierungen bis zum Stillstand bei energetischen Modernisierungen. Wir meinen, hier müssen erstmal Erfahrungswerte her. Bis zur Klärung

setzen wir auf die in Köln bereits beschlossenen und wirksamen Instrumente, wie z.B. Kooperatives Baulandmodell, Konzeptvergabe, verstärkte Nutzung des Vorkaufsrechts, Vergabe von Erbbaurecht. Der Antrag wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke abgelehnt.

Der kurzfristig eingebrachte [Änderungsantrag der SPD und Einzelmandatsträgerin Gerlach](#) wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion abgelehnt, da inhaltlich so substanzlos, dass sogar die Mit Antragstellerin nicht mehr dafür stimmte und den Ratssaal verließ.



Antrag: "Weiteres Vorgehen Hubschrauberlandeplatz"

Der Rat beschloss mit Mehrheit den [Antrag von CDU/GRÜNEN](#), dass für die Hubschrauberbetriebsstation auf dem Kalkberg der seit 2015 ausgesprochene Baustopp weiterhin gilt. Somit rückt das Aus für den Kalkberg ein Stück näher.

Die Verwaltung wurde beauftragt, sowohl mit dem Flughafen als auch mit dem Bundesverteidigungsministerium konkrete Verhandlungen aufzunehmen. Ziel soll eine dauerhafte Stationierung des Rettungshubschraubers auf dem Flughafengelände (eventuell auch auf dem militärischen Teil) sein.

Ralf Unna, gesundheitspolitischer Sprecher: „Fluggeräte gehören an Flughäfen und dieser einfachen Wahrheit sind wir mit dem heutigen Beschluss einen Schritt näher gekommen“.



Bürgereingabe „Resolution zur Ausrufung des Climate Emergency“ und die Verwaltungsvorlage Klimanotstand

Dieser Tagesordnungspunkt nahm einen großen Teil der Ratssitzung in Anspruch. Die Bürgereingabe wurde zusammen mit der Verwaltungsvorlage „Klimanotstand“ und vielen Änderungsanträgen verhandelt.

Die [Bürgereingabe](#) „Resolution zur Ausrufung des Climate Emergency“ gelangte vom Beschwerdeausschuss über den Umweltausschuss in den Rat. Schon am Anfang der Ratssitzung wurde einem Vertreter der Petenten Rederecht eingeräumt. Um es vorweg zu nehmen, seine zum Schluss gehaltene Rede bzw. sein Appell gehörte zu den Lichtblicken dieser Ratssitzung.

Köln ist nun die erste Millionenstadt die den Klimanotstand ausgerufen hat.

Der Klimaschutz hat für uns, als GRÜNE Partei und Fraktion im Kölner Rat, die höchste Priorität! Wir sind dies unserem Planeten und den uns nachfolgenden Generationen schuldig.

Leider war diese Formulierung im Rat nicht mehrheitsfähig. Es war uns in der Abwägung wichtiger, den Klimanotstand überhaupt auszurufen und als Kompromiss haben wir dann „hohe“ Priorität statt „höchste“ Priorität akzeptieren müssen.

„Die Eindämmung des von Menschen verursachten Klimawandels soll in der städtischen Politik eine hohe Priorität besitzen“ so heißt es nun im Beschluss.

Doch mit dem in der [Verwaltungsvorlage](#) vorgeschlagenen Verfahren, künftig bei jeder Vorlage deutlich zu kennzeichnen, ob es hier eine positive oder negative Klimaauswirkung hat, bekommen wir als Politik genau die Möglichkeit, dies für uns selbst zu beurteilen. Und dann wird jedes Ratsmitglied für sich persönlich entscheiden müssen, für welche Alternative sie oder er stimmen wird.

Mit einem von CDU und GRÜNEN initiierten und von der SPD unterstützten [Änderungsantrag](#) konnten neben der Verwaltungsvorlage, die u.a. die Ausrufung des Klimanotstandes sowie den Klimacheck für alle Vorlagen beinhaltet, auch die weiteren

Punkte aus der Bürgereingabe übernommen werden. Dies fand eine breite Zustimmung im Rat, lediglich die FDP stimmte von den demokratischen Fraktionen dagegen und die Ratsgruppe GUT enthielt sich.

Einführung eines Frauenpreises in Köln: ELSE-FALK-Preis

Zum ersten Mal wird es in Köln einen Frauenpreis geben. Der Rat hat in seiner heutigen Sitzung der [Beschlussvorlage](#) dazu mehrheitlich gegen die Stimmen der AFD-Fraktion zugestimmt. Darüber freuen wir uns sehr!

Bereits für den Haushalt 2019 wurden auf Initiative der frauenpolitischen Sprecherinnen der demokratischen Fraktionen des Stadtrats unter starker GRÜNER Beteiligung die finanziellen Mittel bereitgestellt. Nun knapp ein Jahr später liegt das Konzept für den Else-Falk Preis vor. Künftig werden in Köln alle 2 Jahre Frauen mit einem Preis und Preisgeld von 5000 Euro ausgezeichnet, die „eine Vorbildfunktion erfüllen und durch ihr Engagement in herausragender Weise für Geschlechtergerechtigkeit“ beigetragen haben.



Busnetzerweiterung Interim

Wir begrüßen die ÖPNV-Stärkung auf der Ost-West-Achse und gehen davon aus, dass es sich hierbei um einen ersten Schritt zur Abarbeitung unseres Ratsantrags [AN/1815/2018 Ost-West-Achse](#) handelt. Die Diskussion um die Expressbuslinien war hart und kontrovers, da eins klar wurde: die neuen Linien funktionieren nur,

wenn sie Raum vom Autoverkehr erhalten. Ohne eine neue Verkehrsflächenaufteilung funktioniert die Verkehrswende nun mal nicht und kann der Luftreinhalteplan auch nicht eingehalten werden.

Die von SPD und FDP eingebrachten Änderungsanträge, die vorsahen, die die Express-Busspur zu verhindern durch die Einrichtung einer neuen Bahnlinie bzw. der Wegnahme von Zügen von anderen Linien, fanden logischerweise keine Mehrheit. Es bedarf nun einer zügigen Umsetzung der Busspur und keiner weiteren Prüfung von Alternativen.

Im Rat werden unter den Punkten [10.9 Stärkung und Ausweitung des KVB-Busnetzes](#) – Dauerhafte Erweiterungen und [10.10 Stärkung und Ausweitung des KVB-Stadtbahnnetzes](#) noch weitere Vorhaben, die eine Verbesserung des Kölner ÖPNV-Angebotes versprechen, verabschiedet und dies dauerhaft. Es geht in die richtige Richtung und langsam kommt auch Fahrt auf.

Link: Verwaltungsvorlage [Busnetzerweiterung Interim](#)
[Änderungsantrag CDU/GRÜNE Busnetzerweiterung Interim](#)

-
- [Die komplette Tagesordnung der Ratssitzung inkl. aller Vorlagen](#)

Impressum:

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Kölner Rat
Rathaus – Spanischer Bau * Rathausplatz 1 * 50667 Köln Tel.: 0221 – 211 25919 * Fax: 0221 – 221 24555
Mail: Gruene-fraktion@stadt-koeln.de www.gruenekoeln.de
V.i.S.d.P.: Lino Hammer, Fraktionsgeschäftsführer